Das Koalitionspapier:

So heulen SPD und CDU mit den Wölfen in Niedersachsen - wolfsfreie Gebiete, aber nur an den Deichen und nicht im Weserbergland

Montag 20. November 2017 - **Hannover (wbn). Was sagt das heute Abend von der CDU abgesegnete Koalitionspapier zum Umgang mit den Wölfen in Niedersachsen?**

Nachfolgend einige Eckpunkte und das Papier im vollen Wortlaut zur Wolfsproblematik in Niedersachsen. Erst nach Feststellung des "günstigen Erhaltungszustandes" soll der Wolf vom Naturschutzrecht ins Jagdrecht überführt werden. Mindestens ein Tier pro Rudel soll besendert werden. Zum Schutz der Deichschafe sollen "wolfsfreie Gebiete" nach schwedischem und finnischem Vorbild geschaffen werden. Vom Weserbergland ist allerdings keine Rede wenn es um den Schutz der Weidetiere - Pferde, Rinder, Schafe, Ziegen - geht wie auf den Deichen im Norden.

Fortsetzung von Seite 1

Auszug aus dem Koalitionspapier von SPD und CDU:

"5. Zum Umgang mit Wölfen

SPD und CDU setzen sich gemeinsam für die Weiterentwicklung des

Wolfsmanagements und eine Entbürokratisierung von Entschädigungsleistungen für

Nutztierhalter und vor allem Schäfer ein.

Schadensaufnahme und Entschädigung sollen deutlich schneller und einfacher

erfolgen als bisher. Hierzu sollen Billigkeitsleistungen bei Nutztierrissen unverzüglich

nach einer positiven Einschätzung vor Ort durch einen Verantwortlichen geleistet

werden. Auch nachvollziehbar mittelbare Schäden sollen künftig ausgeglichen

werden.

Wir wollen eine transparente und rechtssichere Handlungsvorgabe für die letale

Entnahme verhaltensauffälliger Wölfe entwickeln, die sich vermehrt menschlichen

Siedlungen nähern oder durch wiederholte Nutztierrisse auffallen. In Teilen

Niedersachsens sind regionale Wolfsvorkommen besonders hoch und mit

erheblichen Problemen verbunden. Nutztierrisse (inzwischen auch bei Rindern)

häufen sich – trotz vorhandener Herdenschutzmaßnahmen. Insbesondere das

Halten von Schafen auf Deichen sowie die Wanderschäferei in der Lüneburger Heide

stellen einen wichtigen Beitrag zum Naturschutz dar. Die Schäfer leiden immer mehr

unter der Ausbreitung der Wölfe in diesen Regionen. Daher sollen in diesen

begrenzten Gebieten alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um im

Einzelfall auch Eingriffe auf der Grundlage der Ausnahmen von Art. 16 FFH-Richtlinie

sowie § 45 Abs. 7 Bundesnaturschutzgesetz zu ermöglichen. SPD und CDU

vereinbaren auf Grund der besonderen Bedeutung der Deichschäfereien für die

Sicherheit von Menschen eine politische Initiative Richtung EU-Kommission zur

Ausweisung wolfsfreier Gebiete nach dem Vorbild Finnlands und Schwedens.

SPD und CDU streben mit Blick auf die hohe Reproduktionsrate von bis zu

30 Prozent eine zügige Feststellung des günstigen Erhaltungszustands der

Wolfspopulationen durch die Anerkennung des Zusammenwachsens der ostpolnisch-

baltischen und westpolnisch-deutschen Populationen als Voraussetzung für die

Überführung der mitteleuropäischen Wolfspopulationen vom Anhang IV in den

Anhang V der FFH-Richtlinie an. Hierzu wollen wir die Zusammenarbeit im Rahmen

der Umweltministerkonferenz intensivieren und mögliche Bundesratsinitiativen

prüfen.

Als Beitrag zur verlässlichen Dokumentation der niedersächsischen Wolfspopulation

streben wir die Besenderung mindestens eines Tieres pro Rudel an, möglichst eines

Elterntieres. Wir vereinbaren, dass nach Feststellung des günstigen

Erhaltungszustandes der Wolf vom Naturschutzrecht ins Jagdrecht überführt wird."